



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/298 - 29. Dezember 1956  
Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24831-33  
Fernschreiber 0886890

Der Bundesinnenminister und die Begabten- Förderung	S. 1
Kinderbeitrag und Studierhilfen in Schweden	S. 5
'Deutscher Soldatenkalender 1957'	S. 7

## Dr. Schröders Eklektizismus

RAP.- "Stipendiermittel in dieser Höhe haben in keinem Land des freien Europas ihr Gegenstück, sondern nur dort, wo statt der Förderung des Begabtenwachstums andere Ziele der staatlichen Kulturpolitik ihr Gepräge geben." -

Man tut im allgemeinen besser daran, die Ignoranz zu ignorieren, aber dieser Satz stimmt - seine Ironie verrät es fast - aus einem Brief des Bundesinnenministers Dr. Gerhard Schröder an den Bundestagspräsidenten. Das Datum, der 15. Dezember, verrät, wen Dr. Schröder ungenannt denunzieren will. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hatte auf einer Sitzung ihrer Parlamentarier am 7./8. Dezember in Düsseldorf Bundesmittel für die Förderung von Wissenschaft, Forschung, Ausbildung und Nachwuchs gefordert. Darunter, auf der Grundlage genauer Berechnungen durch den ehemaligen Hamburger Kultursenator Heinrich Landahl, 200 Millionen DM für Stipendien an Studierende aller Disziplinen. Herr Schröder findet, dass diese Summe, die parallel zu der Zahl der Studierenden bis zum Haushaltsjahr 1960/61 auf 500 Millionen DM steigen soll, die Kapazität der vorhandenen Lehranstaltungen und die Grenzen der Begabtenförderung überschreitet. Bis jetzt haben, wie der Bundesinnenminister mitteilt, die gezahlten Ausbildungsbeihilfen die Summe von 28 Millionen DM jährlich erreicht.

Die "Grenze der Begabtaufzucht" kann nur die Zahl der Begabungen in unserer Volksseele sein. Kann der Bundesinnenminister diese Zahl? Kann, er hat ja nicht einmal davon Kenntnis genommen, dass die SPD zugleich Mittel für die Ausweitung der Kapazität unserer Lehranstalten

in Hinsicht auf Gebäude, Einrichtungen und Lehrkräfte gefordert hat. Und was Herr Dr. jur. Gerhard Schröder unter "staatliche Kulturpolitik" begreift, ist nur ein Teil dessen, was die SPD mit ihren Forderungen anstrebt. Die Erschliessung der Begabtenreserve für das Studium an den Universitäten, Technischen Hochschulen, Pädagogischen Hochschulen und Höheren Technischen Lehranstalten (Ingenieurschulen) soll ja erst eine breite Grundlage schaffen und sichern für das, mit dem sich dann eine staatliche Kulturpolitik beschäftigen kann. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die materiellen, geistigen und menschlichen Voraussetzungen unserer Kultur überhaupt. Das Zahlenspiel mit dem Dr. Schröder beweisen will, dass in der Bundesrepublik mehr Geld als in anderen europäischen Staaten für allgemeine kulturelle Aufgaben ausgegeben wird, beseitigt nicht die Tatsache, dass wir zu wenig für die Förderung unseres Wachstums tun, dessen Arbeitsergebnisse uns einmal in unserem Alter erhalten sollen.

Auch insofern ist also die Darufung des freien wie des unfreien Europa durch Dr. Schröder gleichermassen falsch. Die Länder des freien Europa tun mehr als die Bundesrepublik für die Auslese und die Förderung des wissenschaftlichen und technischen Wachstums, während doch die Bundesrepublik nach Nazikarbarei - Herr Schröder sollte das besser wissen, denn er hat seinen Doktor juris während jener Barbarei erworben - und Kriegszerstörungen weit mehr in dieser Hinsicht tun müsste als jedes andere Land. Vielleicht will Herr Schröder nur das Bildungs- und Ausbildungsmonopol aufrechterhalten? Dann muss ihm gesagt werden, dass das nur zum Nachteil von Nation und Staat geschehen kann.

In England und Amerika vorgenommene Untersuchungen haben ergeben, dass bei Ingenieuren und ähnlichen Führungskräften der Bedarf fünfmal schneller ansteigt als die normale Zuwachsrate der Bevölkerung. Und wir stehen doch erst am Anfang einer neuen und stärkeren technischen Entwicklung. Wenn der Bundesinnenminister auf besondere Zwecke und Ziele der gehobenen und höheren Ausbildung in gewissen Diktaturstaaten anspielt, so verrät er nur sein Unvermögen, in historisch-gesellschaftlichen Zusammenhängen denken zu können. Die Diktaturen, die er meint, unterscheiden sich dadurch von der Nazidiktatur, die er kennt, dass sie wirtschaftlich unterentwickelte Gebiete auf den Stand der höchstentwickelten Zivilisationen unserer Zeit hinaufheben sollen. Dazu braucht man Wissenschaft, Forschung und Technik, sowie Menschen, die mit dieser unzugehen verstehen.

Mit der hohen Zivilisationen der sogenannten Westlichen Welt (vor wenigen Jahren noch sprach man von "Einer Welt") müssen wir wirtschaftlich konkurrieren, wenn wir bestehen wollen. Gegen die Diktaturen des sogenannten Ostens müssen wir uns mit hohem Lebensstandard, sicheren sozialen Einrichtungen und vor allem mit der Freiheit verteidigen. Zu beiden Aufgaben brauchen wir dieselben Mittel. Der Bundesinnenminister schlägt uns die Waffen für unseren Existenzkampf aus der Hand, wenn er - aus welchen Gründen auch immer - den Begabungen aus allen Schichten unseres Volkes den Weg nach der größtmöglichen Leistung verbaut.

### Beispiel Schweden

M. G. , Stockholm

Die schwedische Regierung wird dem Reichstag vorschlagen, den staatlichen Kinderbeitrag von nunmehr 260 Kronen auf 396 Kronen jährlich zu erhöhen. Sie kommt damit den Forderungen entgegen, die von den grossen Organisationen seit längerer Zeit erhoben und besonders eindringlich von einer Gruppe weiblicher Parlamentarier unter Führung der sozialdemokratischen Abgeordneten Nancy Eriksson vertreten wurden.

Der Kinderbeitrag wurde 1948 eingeführt und wird ohne Bedarfsprüfung für jedes Kind bis zum 16. Lebensjahr an die Mutter des Kindes oder an die an ihre Stelle getretene Pflegeperson ausbezahlt. Auf Grund der fortgehenden Geldentwertung hatte der Kinderbeitrag in den letzten Jahren viel seines ursprünglichen Wertes verloren und die Wiederherstellung der vollen Kaufkraft von 1948 würde tatsächlich eine noch stärkere Aufwertung des Beitrages notwendig machen. Diese stärkere Erhöhung schien noch bis vor wenigen Tagen sicher, fiel dann aber über Einspruch des Finanzministers. An ihrer Stelle wird nun eine Erweiterung des Kreises der Beitragsberechtigten insofern erfolgen, als auch studierende Jugendliche bis zu 18 Jahren den Kinderbeitrag erhalten sollen.

Eine andere soziale Massnahme von grundlegender Bedeutung wird in einem Vorschlag eines staatlichen Untersuchungsausschusses für Steuerfragen angekündigt. Nach ihm sollen künftighin die Eltern von Studenten zwischen 18 und 26 Jahren das Recht haben, 2700 Kronen jährlich für Studienkosten steuerfrei abzusetzen. Damit wird eine langjährige Forderung der schwedischen Jugend- und Studentenverbände zum ersten Mal im Prinzip anerkannt. Die tatsächlichen Studienkosten sind natürlich durch diese Steuerbegünstigung noch nicht gedeckt.

In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass in allen niederen und einem Teil der mittleren Schulen Schwedens vollständige Lehrmittelfreiheit eingeführt ist. In den Volksschulen erfolgt die Abgabe aller Bücher und Lehrmittel ohne Bedarfsprüfung. Auch das System der freien Schulmahlzeiten, nahezu vollständig durchgeführt, ist besonders für die mindere mit- telten Schichten und für die erwerbstätigen Frauen eine fühl- bare Hilfe.

### Kesselring als Moralprediger

L.R. Zur Bundeswehr gehören gegenwärtig 74 000 Soldaten. Viele Hunderttausend ehemaliger Soldaten haben sich aus freien Stücken in etwa 1200 sich laufend verkehrenden Traditionsvereinigungen des alten Heeres, der Reichswehr und der Wehrmacht zusammengeschlossen. Der "Verband deutscher Soldaten", zu dem hauptsächlich ehemalige Berufssoldaten gehören, zählt über 100 000 Mitglieder, der Heimkehrerverband über eine halbe Million. Der junge Bundeswehrverband findet schnell Interesse. Weit über eine Million deutscher Männer nimmt jährlich an den Treffen der Traditionsverbände teil.

Die Tonart in den einzelnen Verbänden ist verschieden. Gemeinsam ist ihnen allen, dass sie zum Unterschied von den Soldatenbünden nach 1919 keine politischen Ziele haben. Wo sie parteipolitisch in Anspruch genommen werden sollten, ist dieser Versuch einzelner Mitglieder gescheitert, weil die Mitglieder sich verweigerten. Die einzige politische Soldatenorganisation "Der Stahlhelm" stellt einen zeitwidrigen, ideen- und zahlenmäßig schwachen Traditionsverband des alten schwarz-weiss-roten "Stahlhelm" dar.

Von dem nicht ins Gewicht fallenden Aussenseiter "Stahlhelm" abgesehen, finden wir eine wachsende Zahl deutscher Männer, die in einem besonderen Gesprächs- und Zusammenhaltsverhältnis stehen, das seine Wurzeln in der gemeinsamen Militärzeit im Vergangenen oder Gegenwart hat. Mit ihnen Kontakte zu suchen und zu pflegen, ist für eine grosse demokratische Partei wie die SPD selbstverständlich.

Kun sind viele Gespräche schon geführt worden. Dabei stellt sich immer wieder heraus, dass sie durch gegenseitiges Misstrauen, durch Vorurteile und Affekte erschwert werden, dass man sich abendlang zunächst um die Terminologien raufen muss, was deutlich wird, dass man im Grundsatz nicht weit voneinander entfernt ist und sich einig werden kann, bestehende gegensätzliche Auffassungen einfach zu respektieren und hinzunehmen, ohne das Gesprächsverhältnis als Bürger eines demokratischen Staates aufzugeben.

Störend wirken auf die Entwicklung eines vorurteilsfreien gegenseitigen Verhältnisses, bei dem auf beiden Seiten ganze Minenfelder vor alten Erinnerungen zu überschreiten sind, Reden oder Artikel Unbelehrbarer. Selbstverständlich ist es politisch nicht zu vertreten, wenn ein intoleranter Pazifist als Redner seiner Partei die Soldaten als Mörder bezeichnet. Es ist aber auch nicht zu vertreten, wenn der "Deutsche Soldatenkalender 1957" (Schölkopf-Verlag, München-Lochhausen) den Feldmarschall Kesselring in der geschehenen Art das Wort gibt oder Ludendorff kritiklos verherrlicht. Der Kalender erschien im Verlag der Zeitschriften sowohl des "Deutschen Marinebundes" wie des "Ver-

29. 12. 1956

bandes deutscher Soldaten" und erweckt damit den Eindruck, ohne dass wir eine direkte Mitverantwortlichkeit behaupten wollen, verbindlicher für allgemeine Auffassungen auch dieser Verbände zu zeugen, als das nach unseren Erfahrungen der Fall ist.

Kesselring masst sich in seiner Arbeit "Soldat und Jugend" das Amt eines Moralpredigers an. Er wettert im Stile des Hitler der letzten Tage gegen das deutsche Volk, das ihn nicht folgt und auf seine Weltbeurteilung mit Skepsis reagiert. Nach dem Kriege sei das deutsche Volk "innerlich und äußerlich wehrunwürdig" geworden. Als Ziel für die Jugend will er die Wiederherstellung des Deutschen Reiches proklamiert wissen. Nach ihm müsste es wieder zur Selbstverständlichkeit werden, Offiziere und Unteroffiziere als Führer von Jugendgruppen einzusetzen. Das Hervorstechendste ist das verwendete Vokabular - ohne Rücksicht darauf, dass es heute nicht "ankommt", ohne jedes Verständnis für die geschichtlichen Bedingungen, unter denen vor allem die deutsche Jugend wurde, wie sie ist, und über den Krieg im Atomzeitalter Gefühle entwickelt, die der Stahlhelmspräsident Kesselring nicht begreift.

Der "gewaltigen Feldherrnpersönlichkeit" Ludendorffs ist eine Seite gewidmet, auf der nun nichts erwähnt wird von der üblen politischen Rolle Ludendorffs im Kriege, von der abergläubischen antisemitischen Sektiererei, die er mit seiner zweiten Frau begründet und hinterlassen hat, von der Flucht nach Schweden und der Teilnahme am Hitler-Putsch. Eine einfache Würdigung Ludendorffs wird seine militärischen Qualitäten nicht verschweigen. Eine kritiklose Hymne ist unerträglich. Auch dem letzten Kronprinzen mag man militärfachlich jede verantwortbare Tare antun. Wenn im "Deutschen Soldatenkalender" aber bei Erwähnung der Novemberereignisse 1918 der Kronprinz herausgestrichen wird gegenüber den "Versagen der verantwortlichen Stellen", "den revolutionären Untrieben", so wird hier vergiftende Geschichtsklitterung betrieben.

Wir begnügen uns mit diesen Beispielen, für die nicht "die" ehemaligen Soldaten verantwortlich gemacht werden können. Der Kalender, den sie zum Teil auch in ihren Verbänden vertrieben, weil er natürlich auch Wissenswertes für sie enthält, tut aber der Verständigung soldatisch bewusster Bürger mit einer zivilistisch-skeptischen Umwelt einen schlechten Dienst.

E. R.

Rechtsschutzverweigerung auf Zeit

In einem Artikel unter obigem Titel befasste sich der Sozialdemokratische Pressedienst kürzlich mit der Tätigkeit des Bundessozialgerichtes in Kassel. Von fachkundiger Seite erhielten wir daraufhin folgende Klarstellung.

Vom Beginn der Tätigkeit des Bundessozialgerichtes bis zum 30. November 1956 gingen beim Bundessozialgericht 5419 Revisionen ein, bis zum gleichen Tage wurden hiervon 3209 erledigt, so dass noch 2 210 anhängig bleiben. Der Anteil der zugelassenen Revisionen konnte nur zum Stichtag vom 31.10.1956 in Erfahrung gebracht werden, da bis zum 30. November noch nicht in allen Fällen die Akten der Vorinstanzen vorhanden waren, so dass nicht festgestellt werden kann, in welchen Fällen die Revision zugelassen wurde.

In der Sozialversicherung (ohne Kassensatzrecht) wurden in der Zeit vom 1.1.54 bis 31.10.56 2 129 Revisionen eingelegt, der Anteil der Leistungsberechtigten war hierbei 1712, der Leistungsverpflichteten (Versicherungsträger) 417. Von den 1712 Revisionen waren 292 zugelassen und von den 417 genau 262. Im gleichen Zeitraum gingen in der Arbeitslosenversicherung 316 Revisionen ein, davon von den Leistungsberechtigten (Versicherten) 236, von den Leistungsverpflichteten 80. In ersten Fall waren 84, in zweiten Fall 66 Revisionen zugelassen.

In der Kriegsopferversorgung schliesslich gingen 2 723 Revisionen ein; der Anteil der Leistungsberechtigten war dabei 2482, der Leistungsverpflichteten 241. Zugelassen waren im ersten Falle 210, im zweiten Falle 135.

Aus dieser Zusammenstellung ist zu ersehen, dass die Überlastung des Bundessozialgerichtes nicht daher rührt, dass die Leistungsverpflichteten sich bemühen, unter allen Umständen die Streitigkeiten bis zur 3. Instanz durchzusetzen. Dieselben Beobachtungen wurden auch bei den Bundessozialgerichten gemacht. Dazu kommt noch folgendes: Die Versicherungsträger ziehen durchweg Rechtsmittel zurück, wenn ein Parallelfall entschieden worden ist. Für die Leistungsberechtigten, d.h., für den grossen Kreis der Versicherten und Kriegsoffer, ist natürlich ein solcher Entschluss schwieriger. Es darf dabei nicht abgestritten werden, dass auch bei den unzulässigen und unbegründeten Revisionen meist ein sozialer Notstand gegeben ist, wenn er nicht gerade durch Massnahmen von den in der Sozialgerichtsbarkeit zugewiesenen Gebieten zu beheben wäre. Aber abgesehen davon werden auch unzulässige und unbegründete Rechtsmittel eingelegt, wenn von einem sozialen Notstand nicht die Rede sein kann. Dies ist natürlich für die oberste Instanz der Sozialgerichtsbarkeit besonders bedauerlich, weil dadurch das Bundessozialgericht gehindert wird, denen besonders schnell zu helfen, die auf die Hilfe mit Recht warten.

+ + +

Die nächste Ausgabe unseres Pressedienstes erscheint  
am Mittwoch, dem 2. Januar 1957

Verantwortlich: Peter Rauau